

3. Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21
(Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21)**

Redezeit: 15 Minuten je Fraktion

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Es ist in den Beratungen zu diesem Doppelhaushalt immer wieder angeklungen: wir leben in einer Zeit der Transformation.

Globale Entwicklungen – ökologischer wie auch ökonomischer Natur – zwingen uns zu Veränderungen.

Und gleichzeitig – auch das ist wieder deutlich geworden in den Debatten – ist die liberale und rechtsstaatliche Demokratie dabei die entscheidende Basis und unersetzlicher Anker, die wir verteidigen und stärken werden.

Streit um die Sache und den geeigneten Weg ist dabei richtig und wichtig. Aber die Ignoranz gegenüber Fakten oder das pure Diffamieren des politischen Gegners, wie es die AfD tut, bringen uns nicht weiter. Ganz im Gegenteil: in diesen Zeiten ist Verantwortung und weitsichtiges Handeln gefragt.

Der Klimawandel lässt uns nicht mehr viel Handlungsspielraum. Wir müssen in dieser Dekade die Weichen stellen, sonst werden wir die Erderwärmung nicht mehr stoppen können.

Der Minimalkompromiss der Klimakonferenz von Madrid ist angesichts dieses enormen Zeitdrucks ernüchternd. Gleichzeitig gibt es mit dem Green Deal einen Hoffnungsschimmer aus Brüssel.

Und dass wir jetzt auf Druck unseres Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und der Grünen im Bundesrat mit einem höheren CO₂-Preis einsteigen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist erstaunlich, dass es gerade die SPD Ministerpräsidentinnen und –Präsidenten waren, die im Vermittlungsausschuss bei der Erhöhung des CO₂-Preises blockiert haben.

(Pause)

Entscheidend ist, dass wir so schnell wie möglich Wirkung erzielen. Ein Ziel in weiter Ferne ist kein Gewinn.

Aus diesem Grund bin ich froh, dass wir die Mittel für den Klimaschutz im Landeshaushalt noch einmal verdoppelt haben und auf der Ebene des Landes alles dafür tun, um dem menschengemachten Klimawandel Einhalt zu gebieten.

In unserem Mobilitätsland ist dabei die Transformation hin zu einem weitestgehend emissionsfreien Fahren der wichtigste Schritt – für den Klimaschutz, aber auch für den wirtschaftlichen Wohlstand unseres Landes und für alle Menschen in Baden-Württemberg, die in diesem Sektor arbeiten.

Wir fördern und forschen technologieoffen. Welche Antriebsarten sich auf Dauer durchsetzen, werden Forschung, Entwicklung und der Markt zeigen. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen und die Leitplanken setzen.

Es ist vollkommen klar, dass wir nicht von jetzt auf gleich Millionen von Verbrennungsmotoren durch elektrische oder andere Antriebe ersetzen können. Was wir brauchen ist eine ganzheitliche Transformation der Mobilität, die Bus-, Bahn-, Rad- und Fußverkehr mitdenkt,

Dafür stellen wir in diesem Doppelhaushalt erhebliche Mittel bereit:

- Die Mittel für das Landesgemeindeverkehrsgesetz werden fast verdoppelt.
- 6 Mio. Euro für Planung und Bau von Radschnellverbindungen.
- Kofinanzierungsmittel zum Abruf von Bundesgeldern für nachhaltige Mobilität im dreistelliger Millionenhöhe: für den Ausbau der Schiene, für die Fahrzeugförderung im ÖPNV, für E-Mobilität, für den Radverkehr.

Das ist der Mobilitätsmix, den wir brauchen. Allheilmittel gibt es keine.

Für eine marktliberale Partei wie die FDP ist die wieder einmal gezeigte einseitige Fixierung auf Wasserstoff und diese seltsame Pauschalkritik an der Elektromobilität schon erstaunlich. Die Mittel für den „Strategiedialog Automobilwirtschaft“ will sie sogar ganz streichen.

Herr Kollege Rülke, sie sprachen sogar in der vergangenen Woche von der „grünen CO2-Ideologie“. Ehrlich gesagt verstehe ich nicht was sie damit eigentlich sagen wollen? Legen Sie stattdessen doch einmal Ihre ideologischen Scheuklappen ab und diskutieren Sie mit uns - technologieoffen - über den richtigen Weg.

(Pause)

Ein Haushalt der Verantwortung bedeutet für uns, in die Menschen und ihre Ideen zu investieren. Das sind immer noch die wichtigsten Ressourcen, die unser rohstoffarmes Land hat.

- Jeder vierte Euro geht in die Bildungspolitik.
- Die Hochschulen bekommen bis 2025 1,8 Milliarden Euro zusätzlich.
- Wir schaffen darüber hinaus zusätzliche 150 neue IT-Studienplätze.
- 40 Millionen Euro sind zur Kofinanzierung des Quantencomputings vorgesehen.
- Zur Erforschung der Wasserstofftechnologie stellen wir in verschiedensten Projekten einen zweistelligen Millionenbetrag bereit.

Baden-Württemberg kann so seinen Spitzenplatz in der Forschung, Entwicklung und im Exzellenzvergleich mit den anderen Ländern für die Zukunft sichern.

(Pause)

Weitreichende Umbrüche und Richtungsstreits können für eine Gesellschaft sehr belastend sein. Leider wird in den Debatten viel zu oft polarisiert, mit Fake News gearbeitet und gespalten, statt zusammen zu führen.

Alt gegen jung, Stadt gegen Land, Arm gegen Reich, ... Wohin diese Entwicklung führt sehen wir aktuell in Großbritannien, aber auch in den USA.

Wir sind deshalb mehr denn je in der Verantwortung, den Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Die Stabilität unserer Gesellschaft hängt entscheidend von einem fairen Miteinander und einem sozialen Ausgleich ab.

Grüne Sozialpolitik fördert deshalb gerechte Teilhabe und Beteiligung.

Beispielhaft möchte ich hier nennen:

- den Zukunftsplan Jugend
- die familienentlastenden Dienste und die vielen anderen Maßnahmen im Bereich der Inklusion
- die Fortführung des Pakts für Integration

(Pause)

Auch die „Politik des Gehörtwerdens“ dient der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Sie setzt auf Beteiligung, Mitreden, Ideen entwickeln und Einbringen. Beteiligung findet statt in Baden-Württemberg, mehr als je zuvor. Wir wollen damit auch Menschen erreichen, die sich nicht dauerhaft und zu allen Themen politisch engagieren wollen oder können.

In diesem Bereich haben wir in den letzten Jahren in Baden-Württemberg einen großen Sprung nach vorne gemacht. Die Menschen in diesem Land schätzen das.

Deshalb stärken wir die Allianz für Beteiligung, wir stellen die Mittel bereit für Bürgerbeteiligung im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft, und wir starten einen landesweiten Klimadialog.

Ich möchte deshalb einmal unserer Staatsrätin Gisela Erler für ihre unermüdliche Arbeit und ihr Engagement an der Graswurzel unserer Demokratie danken.

Dieser Haushalt ist ein Haushalt der Verantwortung, weil wir weitsichtig mit unseren finanziellen Mitteln umgehen. Die letzte Dekade war von einer sehr guten Einnahmesituation geprägt. Aber auch von gestiegenen Anforderungen an die Politik, in vielen Bereichen noch höhere Standards umzusetzen und zu finanzieren.

Ich spreche hier von personellen Herausforderungen, zum Beispiel in der frühkindlichen Bildung, im Schulbereich, in der

Integration, in der Jugendhilfe. Aber auch technische Herausforderungen wie etwa die Digitalisierung oder die Luftreinhaltung. Wir mussten aber auch auf besondere Herausforderungen reagieren, Stichwort Extremwetterlagen und die Aufnahme von Geflüchteten.

Angesichts hoher Investitionsbedarfe gibt es inzwischen eine bundesweite Debatte darüber, ob eine Schuldenbremse überhaupt noch sinnvoll ist.

Ich finde es richtig, dass wir an der Schuldenbremse festhalten. Denn die grundgesetzliche Schuldenbremse ist etwas anderes als die schwarze Null. Das Grundgesetz erlaubt es uns, unter bestimmten konjunkturellen Bedingungen, in Notsituationen und bei Naturkatastrophen Kredite aufzunehmen. Das sorgt dafür, dass auch künftige Generationen handlungsfähig sind.

Es ist ein guter und richtiger Schritt, dass wir jetzt in der Landeshaushaltsordnung und in Kürze in der Landesverfassung die Schuldenbremse verankern.

Ich finde aber auch die begonnene Debatte über eine Investitionsregel, die die Schuldenbremse ergänzt richtig und wichtig.

(Pause)

Auch bei der Schuldentilgung sind wir ein großes Stück vorangekommen und haben in diesem und im letzten Jahr insgesamt 1,25 Mrd. Euro Kreditmarktschulden getilgt. Und wir haben über 1,5 Mrd. Euro Kreditermächtigungen abgelöst.

Es ist gut, dass wir mit diesem Doppelhaushalt weitere 132 Millionen Euro Kreditmarktschulden tilgen.

Ich weiß, wir hätten noch deutlich mehr Schulden tilgen können.

Im Gegensatz zu SPD und FDP halten wir es aber angesichts der konjunkturellen Risiken für ebenso richtig und verantwortungsvoll, eine hohe Rücklage für Haushaltsrisiken zu bilden.

Die FDP will null Euro zurücklegen und auch noch die Grunderwerbssteuer senken. Sie provoziert so einen Einnahmeausfall von 650 Millionen Euro– das will die FDP. Darüber hinaus fordert sie Mehrausgaben von 2,5 Milliarden Euro bei gerade einmal 600 Millionen Euro Gegenfinanzierungsvorschlägen.

Die SPD will null Euro zurücklegen und sieht dabei gleichzeitig fast eine Milliarde Euro für strukturelle Mehrausgaben für überwiegend kommunale Ausgaben vor – und ignoriert dabei einfach die Aufgabenteilung von Land und kommunaler Ebene.

Dabei haben wir die Kommunen in den vergangenen Jahren hervorragend ausgestattet. Die Kommunen in Baden-Württemberg stehen sehr gut da. Wir haben den kommunalfreundlichsten Finanzausgleich aller Länder.

Der Kommunale Sanierungsfonds ist hierfür ein hervorragendes Beispiel: Fast 600 Millionen Euro haben wir den letzten beiden

Jahren den Städten und Gemeinden als Freiwilligkeitsleistung zusätzlich bereitgestellt.

Deshalb brauchen die Kommunen keine Geschenke, sondern weiterhin einen fairen Finanzausgleich. Genau darum ging es uns in den Verhandlungen mit den Kommunalen Landesverbänden.

Ich finde, alle Beteiligten können mit dem jetzt erzielten Ergebnis zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) und den Mitteln für die geduldeten Geflüchteten sehr zufrieden sein.

(Pause)

Mit dem neuen Flächenfaktor in der Finanzausgleichsmasse haben wir gemäß unseren Vereinbarungen im Koalitionsvertrag einen Ausgleich für die bevölkerungsärmeren Kommunen gesucht, die aufgrund ihrer Fläche einen hohen Mittelbedarf für ihre Infrastruktur haben.

In diesem Punkt sind wir nun einen Kompromiss eingegangen. Für uns GRÜNE war wichtig, dass es keine Spaltung in der kommunalen Familie geben darf. Starke Städte und ein starker ländlicher Raum, das ist das Erfolgsrezept Baden-Württembergs. Das gilt es zu erhalten und zu stärken. Ein Ausgleich darf deshalb nicht einseitig zu Lasten weniger gehen. Dafür haben wir GRÜNEN jetzt gesorgt.

Dennoch sehen wir es als unsere Aufgabe an, die tatsächliche Wirkung des Flächenfaktors in den nächsten Jahren genau zu analysieren und zu evaluieren.

Von einem Flächenfaktor müssen dünn besiedelte Gemeinden mit hohen Infrastrukturkosten profitieren. Erfüllt er das nicht, werden wir nachsteuern.

Ich möchte zum Abschluss sehr gerne noch danke sagen: Ein guter Haushalt hat viele Mütter und Väter; viele haben daran mitgewirkt und zum guten Ergebnis beigetragen. Dennoch möchte ich an dieser Stelle einigen wenigen besonders danken:

Ich danke unserer Finanzministerin Edith Sitzmann und unserer Staatssekretärin Gisela Splett.

Ich danke auch den Kollegen des Koalitionspartners, stellvertretend meinem Sprecherkollegen Tobias Wald.

Ich danke auch dem Finanzausschussvorsitzenden Stickelberger und seinem Team in der Landtagsverwaltung, das in den letzten Wochen großartiges geleistet hat. Nicht weniger als 540 Änderungsanträge mussten bearbeitet werden.

Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, die vor und auch noch während der Beratungen gewohnt ausdauernd, professionell und präzise gearbeitet haben.

Und natürlich danke ich allen Menschen im Land, die mit ihrer Arbeit und ihrem Steueraufkommen das Fundament für diesen Doppelhaushalt gelegt haben.